



N i e d e r s c h r i f t

über die 16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 25.11.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 15:30 Uhr

Teilnehmer:innen:

Ausschussvorsitzende

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Kurutlu

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Herr Stadtverordneter Strauch

Herr Stadtverordneter Ventzke

Vertretung für Frau Dertwinkel

Fraktion DIE GRÜNEN PP

Herr Stadtverordneter Kaminiaz

Herr Stadtverordneter Labetzke

Frau Stadtverordnete Niehaus

Vertretung für Herrn Niedermeier

BIW-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

Weitere Teilnehmende:

Direktor Ortspolizeibehörde:

Herr Ortgies

Bürger- und Ordnungsamt:

Herr Herbrig

Feuerwehr:

Herr Cordes

Ferner anwesend:

Herr Albrecht

Amt 37

Herr Dreimann

Amt 37 / PR

Herr Gündogdu

RAM

Frau Hanke	Nordsee-Zeitung
Herr Hoheisel	Amt 37
Herr Jongeling	Amt 37
Herr Kieck	GPR
Frau Laue	Amt 90
Frau Lewandowski	Amt 90
Herr Makel	Amt 37
Herr Tiedemann	Amt 90
Herr Wagner	OPB / PR
Herr Wall	OPB / PR
Herr Knoll	Amt 37
Herr Rohde	

Schriftführung

Frau Mahlstedt

Frau Berndt

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Herr Grantz bittet um Ergänzung der Tagesordnung unter Tagesordnungspunkt 5.6 Verschiedenes um die Tischvorlage „Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Bremerhaven und dem Ordnungsamt des Landkreises Cuxhaven zur gegenseitigen Unterstützung der Taxenunternehmen bei überregionalen Großveranstaltungen“.

Der Ausschuss genehmigt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

1. Einwohnerfragestunde

Herr Rohde trägt seine Einwohnerfrage vor, indem er fragt, wann das neue Polizeirevier Geestemünde bezugsfertig sein wird. Herr Rohde bittet um eine Beantwortung dieser Frage zu einer der nächsten Ausschusssitzungen durch den Stadtverordneten Jörn Hoffmann.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 15. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 05.09.2022 **I 63/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift mit einer Enthaltung in der vorgelegten Fassung unter der Maßgabe, dass das Protokoll unter den Teilnehmer:innen bei Herrn Alexander Niedermeier geändert wird. Die Nennung der Partei „Parteilos“ ist in „B 90 / DIE GRÜNEN“ zu ändern. Herr Grantz sagt eine Änderung zu.

2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GStVV **I 64/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

3. Bereich Feuerwehr

3.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

3.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

3.3. Berichte der Feuerwehr

3.3.1. Umsetzung der Brandverhütungsschau

I 70/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

3.3.2. Sachstandsbericht Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf

I 71/2022

Herr Kaminiarz fragt, ob es bei den Mehrkosten, von denen in der Vorlage geschrieben wird, bereits eine Schätzung über die Höhe gibt und ob es schon Überlegungen gibt, wie man die Mehrkosten finanzieren kann.

Herr Cordes antwortet, dass das Budget nach der bisher vorliegenden Submission nicht überzogen wird.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

3.3.3. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

I 72/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

3.3.4. Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“

I 73/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

3.3.5. Häufigkeit der Abmeldungen der Zentralen Notaufnahmen in Bremerhavener Krankenhäusern

I 74/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den ergänzenden Bericht zu den Patientenzuweisungen zur Kenntnis.

3.3.6. Anerkennung des Bedarfs von 2 Stellen der Laufbahngruppe 2, zur Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung aufgrund des geänderten Bremischen Hilfeleistungsgesetzes

I 76/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem dargestellten überplanmäßigen Bedarf zu und bittet den PuO um entsprechende Beschlussfassung.

3.4. Verschiedenes

Herr Kaminiarz stellt fest, dass sich auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 01.12.2022 eine weitere Personalvorlage der Feuerwehr mit Datum vom 17.11.2022 befindet. Es geht um Schaffung von zwei Stellen Hauptbrandmeister mit Zulage, Besoldungsgruppe A9 mit Z. Er möchte wissen, warum diese Vorlage nicht dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit zur Kenntnis gegeben wird.

Herr Cordes antwortet, dass es sich nicht um die Neueinrichtung von Stellen, sondern um zwei vorhandene A9-Stellen handelt. Es ist eine bewertungstechnische Angelegenheit, die Vorlagenerstellung erfolgte in Zuständigkeit des Personalamtes. Inhaltlich führt die Zuordnung von qualitativen Aufgaben in der internen Rettungsdienstorganisation (u.a. Prüfungen medizinische Geräte, Medikamentenlager, Beschaffungen Verbrauchsmaterial, Hygieneüberwachung zur Stellenbewertung. Diese Vorlage wurde nach interner Verwaltungsabstimmung direkt durch das Personalamt in den Personal- und Organisationsausschuss eingebracht. Herr Cordes gibt die Zusage, solche Vorlagen dem Ausschuss in Zukunft zur Kenntnis zu geben.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

4.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4.3. Vortrag Information zum Warntag am 8. Dezember 2022

Herr Makel erläutert anhand der anliegenden Präsentation die Inhalte des Warntages 2022.

Herr Kaminiarz bedankt sich für den Vortrag und die umfangreiche Vorbereitung. Er möchte wissen, ob eine Vorbereitung der Kinder auf die Sirentests in Schulen und Kitas vorgesehen ist.

Herr Makel antwortet, dass die nächste große Kampagne in den Schulen im März sein wird, er die Anmerkung für den Warntag am 08.12.2022 aber aufnehmen und diesbezüglich noch einmal den Kontakt mit dem Schulamt herstellen wird.

Herr Raschen ist begeistert, was mittlerweile sowohl kommunal als auch im Bund aufgebaut wurde. Er stellt die Frage, ob die Möglichkeit besteht, Informationen bezüglich der verschiedenen Warntöne auch den Flüchtlingen, die noch gar nicht der deutschen Sprache mächtig sind, zukommen zu lassen.

Herr Makel erklärt, dass die Sirentöne bereits bekannt gemacht wurden, er dieses aber gerne noch einmal zwecks Konkretisierung aufnimmt. Weiterhin ist für den 08.12. auch noch einmal eine Pressearbeit vorgesehen, um darüber konzentriert zu informieren.

Frau Schröder fragt, ob es auch eine Möglichkeit gibt, die älteren Menschen vorzuwarnen. Sie hat die Sorge, dass ansonsten bei einigen durch Erinnerungen aus der Kindheit an die Kriegszeit psychische Belastungen entstehen könnten.

Herr Makel erklärt, dass mit der Stabsstelle der Senioren darüber bereits im HanseCarré berichtet wurde. Er wird die Problematik aber mit den entsprechenden Ämtern besprechen, damit eine vertiefende Information noch einmal gegeben wird.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

4.4. Berichte vom Katastrophenschutz

4.4.1. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

I 75/2022

Herr Grantz berichtet, dass laut der neuen Koalitionsvereinbarung in Niedersachsen umfangreiche Finanzierungen seitens des Landes in den Katastrophenschutz vorgesehen sind. Neben der bestehenden Förderung des Bundes in Katastrophenschutz/Zivilschutz sieht er analog der Absicht Niedersachsens auch das Land Bremen für eine stärkere Finanzierung des Katastrophenschutzes in der Pflicht.

Frau Kirschstein-Klingner bedankt sich für die Einladung der Sprecher:innen der Fraktionen zur Großübung des Katastrophenschutzes im Oktober, die Teilnahme war sehr gut und sehr lehrreich. Sie schlägt vor, bei einer erneuten Katastrophenschutzübung den gesamten Ausschuss einzuladen. Herr Grantz sagt dieses zu.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Verschiedenes

Herr Labetzke fragt, ob das wiederholte niedrige Überfliegen von deutschen Kampffjets über das Stadtgebiet Bremerhavens zulässig ist. Herr Grantz teilt mit, dass er darüber keine Angaben machen könne, da die Stadt Bremerhaven für die Überwachung des Luftraumes nicht zuständig sei. Herr Kaminiarz klärt auf, dass Bremerhaven in einer Tiefflugzone liegt, die noch zu Zeiten des kalten Krieges eingerichtet worden ist. Diese Zone deckt die Nordseeküste fast komplett ab, Bremerhaven ist die einzige Großstadt mittendrin; aber es ist leider zulässig.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

5. Bereich Polizei

5.1. Anfragen

5.1.1. Anfrage des Stadtverordneten Herrn Timke zur Einbruchskriminalität in Bremerhaven

Herr Grantz informiert hierzu, dass diese Anfrage nicht beantwortet werden kann, da keine Freigabe zur unterjährigen Veröffentlichung der angefragten PKS-Daten seitens des Innensensors erfolgt ist.

Herr Timke wird sein Anliegen nochmals direkt an den Innensenator richten, insbesondere was die Zahlen für 2019, 2020 und 2021 angeht. In Bezug auf die Eingangsstatistik, aus der auch in jeder AÖS-Sitzung Zahlen zum WED bekanntgegeben werden, bittet Herr Timke nochmals darum, zumindest seine geforderten Zahlen aus der Eingangsstatistik zu entnehmen und zu erläutern. Herr Ortgies erwidert hierzu, dass die Zahlen der Eingangsstatistik nicht die gewünschten PKS-Zahlen widerspiegeln, erklärt sich jedoch bereit, ansatzweise mögliche Entwicklungen aufzuzeigen, was den einfachen Diebstahl und den schweren Diebstahl angeht. Im Bereich des einfachen Diebstahls werden wir in der Entwicklung in 2022 ungefähr auf Niveau des Jahres 2019 liegen. Ob die Jahre 2020 und 2021 coronabedingt dazu geeignet sind, Entwicklungen daraus abzuleiten, möchte Herr Ortgies an dieser Stelle nicht beurteilen. Was die Zahlen des schweren Diebstahls betrifft, landen wir wahrscheinlich unter den Zahlen von 2021. Hier betont Herr Ortgies, dass es hierbei um grobe Aussagen geht, die mit den PKS-Zahlen nicht vergleichbar sind.

Herr Timke erläutert seinen Bedarf und bittet um die Nennung der erfragten Einbruchszahlen in Boden- und Kellerräumen sowie Waschküchen, die anhand von Auswertungen der Eingangsstatistik in Artus zu entnehmen sein müssten.

Herr Labetzke stimmt dieser Anfrage ein weiteres Mal nicht zu und richtet die Frage an Herrn Timke, wozu diese kleinteiligen Anfragen gestellt werden müssen und verweist nochmals auf die fragliche Sinnhaftigkeit zu vieler einzelner Anfragen zu detaillierten Zahlen zu verschiedenen Deliktbereichen in diesem Ausschuss, die zu nichts führen. Es wäre wünschenswert, sich auf Themen zu konzentrieren, die tatsächlich Probleme aufweisen, welche durch Zahlen erwiesen wurden.

Herr Timke betont die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit diesen Zahlen zu Einbrüchen in Wohnungen, Lauben und Kioske im Interesse der betroffenen Bürger und bittet um eine Antwort, warum diese Zahlen nicht vorgelegt werden können. Die Anfrage von Herrn Timke bleibt auf seinen Wunsch bestehen. Er bittet Herrn Ortgies um Übersendung der gewünschten Zahlen für die in seiner Anfrage angegebenen Jahre.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

5.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5.3. Berichte der Polizei

5.3.1. Bericht zu Gewalt gegen Polizeibeamt:innen

I 66/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

5.3.2. Bericht zur Einbruchskriminalität

I 65/2022

Herr Timke bezieht sich auf die von Herrn Ortgies in der letzten Sitzung genannte Steigerung der Fälle um 51 % gegenüber dem Vorjahr, die sich nun auf eine 31 % Steigerung reduziert hat und möglicherweise auf die Überführung einer kriminellen „Bande“ zurückzuführen ist und möchte wissen, worauf die jetzt noch immer deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen ist?

Herr Ortgies verweist erneut darauf, dass auf Basis einer Aufklärungsquote von unter 15 % Aussagen zu Täterstrukturen nur bedingte Aussagekraft haben. Darüber hinaus verweist er darauf, dass Aussagen zur weiteren Entwicklung der Einbruchskriminalität derzeit seriös nicht möglich sind.

Herr Raschen bezieht sich auf die unterschiedlichen Ortsteile der Wohnungseinbrüche und fragt nach einer Möglichkeit einer Kampagne zu diesem Thema. Herr Ortgies erwähnt hierzu die ständige Präventionsarbeit der Polizei, die unter anderem mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf den Wochenmärkten ortsteilbezogene Präventionsarbeit durchführt. Herr Jürgewitz betont hierzu die Wichtigkeit der Unterscheidung nach Ortsteilen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

5.3.3. Bericht zur Anfrage des Stadtverordneten Herrn Timke zur Beschwerde der Anwohner und Geschäftsinhaber über die Zustände im Gebäude Hanse-Carré

I 67/2022

Herr Timke bedankt sich für die Ausarbeitung dieser Beantwortung. Die Aussage, dass die genannte Klientel keine Gefahr darstellt, wird von Herrn Timke, als auch lt. Herrn Timke von einigen betroffenen Bewohnern und Gewerbetreibenden anders wahrgenommen. Herr Timke fragt, wie oft Platzverweise ausgestellt werden. Darüber hinaus weist er auch nochmal auf die nicht gegebene Kommunikation zwischen dem zuständigen KOP und den Gewerbetreibenden hin.

Herr Raschen betont, dass dieses Problem kein Problem des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, sondern ein Problem des Gesundheitsausschusses ist. Es gibt drei ausgehende Praxen in Bremerhaven, die Personen mit Methadon versorgen, sodass es an diesen Orten zu vermehrten Problemen kommt. Die Stadt Bremen hat diese Medikamentenverteilung viel breiter verteilt, sodass es dort nicht zu solchen Problemen kommt.

Herr Freemann berichtet davon, dass dieses Thema bereits im Gesundheitsausschuss, in diesem er ebenfalls Mitglied ist, behandelt wurde. Es wurden Gespräche mit den behandelten Ärzten geführt, die evtl. nochmal erneuert werden müssten. Herr Freemann wird dieses Thema nochmals im Gesundheitsamt ansprechen um ggf. neue Gespräche mit den behandelten Ärzten aufzunehmen. Die Problemlage scheint aus polizeilicher und ordnungsamtlicher Sicht nicht so schlimm zu sein, wie sie oftmals dargestellt und wahrgenommen wird.

Herr Ortgies informiert darüber, dass der zuständige Kontaktpolizist und die zuständigen Streifenpolizisten intensive Gespräche mit den Geschäftstreibenden führen, wird hierzu aber auch nochmal nachhaken. Darüber hinaus merkt Herr Ortgies an, dass das teilweise geschilderte Benehmen keinen Straftatbestand erfüllt und nach dem Ortgesetz nicht strafbar ist.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

5.3.4. Bericht zum Drogeneinfluss im Straßenverkehr

I 68/2022

Herr Timke bedankt sich bei Herrn Ortgies für die Beantwortung und richtet die Frage an ihn, ob in Bezug auf die anstehende bundesweite Freigabe von Cannabis aus polizeilicher Sicht davon ausgegangen wird, dass die Zahl der beeinflussten Personen steigen wird. Herr Ortgies merkt an, dass keine polizeiliche Erfahrung mit der Freigabe von Cannabis vorhanden ist und die Frage somit nicht fundiert beantwortet werden kann.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

5.3.5. Bericht zu Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes

I 77/2022

Herr Timke betont, wie wichtig es nach wie vor ist, sich diese Zahlen, wie sie hier präsentiert werden, vorlegen zu lassen, um sowohl körperliche als auch verbale Attacken auf Mitarbeiter:innen des Ordnungsdienstes im Auge zu behalten. Herr Timke bittet darum, dass die Präsentation der Zahlen, sowohl die der Polizei als auch die des Ordnungsdienstes weiterhin in diesem Ausschuss vorgelegt werden und ggf. darüber diskutiert wird.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

5.4. Inanspruchnahme der restlichen zugewiesenen Personalmittel (Entgelte für Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmer zur Erreichung der Zielzahl) für die Umsetzung bestimmter Investitionsmaßnahmen

I 69/2022

Herr Raschen erläutert hierzu den Entschluss dieser Inanspruchnahme von restlichen zugewiesenen Personalmittel innerhalb der Koalition im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt der Vorlage einstimmig zu.

5.5. Stellenhebungen bei der Ortspolizeibehörde zum 01.01.2023

I 78/2022

Herr Jürgewitz begrüßt die Beförderungen, merkt jedoch in Bezug auf die Verteilung der Beförderungen an, dass das Augenmerk mehr auf den gehobenen Dienst, als auf den höheren Dienst gelegt werden sollte und nicht umgekehrt und wird sich bei der Abstimmung hierzu enthalten.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die nachfolgenden Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst zum 01.01.2023 zu beschließen:

6 Stellenhebungen von A 09 nach A 10 BremBesG
4 Stellenhebungen von A 10 nach A 11 BremBesG
2 Stellenhebungen von A 11 nach A 12 BremBesG
1 Stellenhebung von A 13 nach A 14 BremBesG
2 Stellenhebungen von A 14 nach A 15 BremBesG

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt den Stellenhebungen bei der Ortspolizeibehörde zum 01.01.2023 mit einer Enthaltung zu.

5.6. Verschiedenes

Brandursachenermittlung an Bord der Lascombes

Herr Ortgies gibt den aktuellen Sachstand zum Ermittlungsstand der Brandursachenermittlung an Bord der Lascombes bekannt und teilt dem Ausschuss mit, dass die Brandursachenermittlungen an Bord abgeschlossen sind. Aus den Ermittlungen ergaben bisher keine Anhaltspunkte für eine biologische oder chemische oder natürliche Brandursache. Auch technische Ursachen konnten bisher nicht festgestellt werden.

Herr Timke entnahm der letzten Vorlage zu diesem Thema, dass die Frage des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit noch im Raum stand und bei Erfüllung eines dieser beiden Dinge, sich die Frage zur möglichen Schadenszahlungen ändert. Herr Timke fragt, ob im Rahmen der abgeschlossenen Ermittlungen der Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit ermittelt werden konnte. Herr Ortgies verneint diese Frage.

Herr Kaminiarz regt die Überlegung an, die Haftungsregelung des Hafenvertrages ggf. anzupassen. Herr Cordes erklärt hierzu, dass zunächst geplant ist, im Rahmen der nächsten Änderungen des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes die Fragestellung der Gefährdungshaftung auf Schiffe auszudehnen. Die Rechtmäßigkeiten sind abzuwarten. Der Hafenvertrag selbst ist in diesem Jahr neu abgeschlossen worden einschl. der Neufassung des Havariekommandos zum neuen Fachkonzept Schiffsbrandbekämpfung.

Herr Timke bittet um Prüfung und Schließung der aus seiner Sicht bestehenden Rechtslücke.

Frau Niehaus regt an, klare Regelungen, Zuständigkeiten und Definitionen zu finden, um künftig rechtliche Fragen zu Schadensfällen dieser Art deutlich und schneller klären zu können und sieht die Übernahme der Schadenskosten auf Dauer für Bremerhaven nicht zumutbar. Herr Grantz bittet nochmals den Ausschuss Kenntnis zu nehmen, dass es sich hierbei um eine Mischkalkulation handelt, die in der 10-Jahres-Betrachtung für Bremerhaven kein Problem darstellt.

Eine Nachfrage von Herrn Jürgewitz an Herrn Ortgies, ob die Brandursache nicht ermittelt werden konnte und in der Zukunft nicht ermittelt werden wird und wir somit nicht wissen werden, was der wirkliche Grund ist und die Kosten somit auf die Stadt Bremerhaven sitzen bleiben? Herr Ortgies wiederholt, dass bestimmte Ursachen ausgeschlossen wurden die Ermittlungen in Gänze jedoch noch nicht komplett abgeschlossen sind und insofern Fahrlässigkeit, grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz noch nicht ausgeschlossen werden konnten. Herr Grantz ergänzt, dass ein Schadensersatz solange nicht an der richtigen Stelle untergebracht werden kann, solange die Ermittlungen noch nicht in Gänze abgeschlossen sind, um diese dann anschließend rechtlich zu bewerten.

Haus des Jugendrechts

Zum Thema „Haus des Jugendrechts informiert Herr Ortgies über die geschlossene Kooperationsvereinbarung zu diesem Projekt und darüber, dass die Koordinierungsstelle ihre Arbeit aufgenommen hat. Eigentlich sollte in dieser AÖS der erste Zwischenbericht vorgestellt werden. Leider ist die Kollegin, die die Koordinierungsstelle wahrgenommen hat, langfristig erkrankt, was dazu geführt hat, dass die Aufträge nicht abgearbeitet werden konnten. Es ist vorgesehen, in der nächsten AÖS einen entsprechenden Zwischenbericht vorzulegen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

Gewalt gegen Frauen

Herr Ortgies weist zunächst auf den heutigen internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen hin und verweist auf die Statistik zur Partnerschaftsgewalt, die gestern vom BKA veröffentlicht wurde. In diesem Zusammenhang stellt Herr Ortgies das bei der OPB erstellte Konzept zur Umsetzung Istanbul-Konvention vor, welches zu einem nicht unerheblichen Mehraufwand bei der Abarbeitung der neuen Prozesse innerhalb der OPB führt. Es ist der OPB jedoch gelungen, aus Bremen eine Teilfinanzierung für eine Koordinierungsstelle für die OPB einzuwerben. Da der Magistrat ebenso die Aufgabe hat, die ämterübergreifende Zusammenarbeit zu koordinieren, konnte gemeinsam eine Koordinierungsstelle eingerichtet werden. Die Stelle wird bei der OPB im Bereich der Prävention angesiedelt. Herr Grantz lobt hierzu die gegenseitige Hilfestellung innerhalb eines Dezernatsbereiches.

Herr Labetzke bedankt sich bei Herrn Ortgies für die Einrichtung dieses Bereiches und betont, dass mit dieser Maßnahme die OPB einer der ersten Polizeien ist, die dieses Konzept bereits umsetzen.

Lt. Herrn Grantz wird in den nächsten Ausschusssitzungen hierüber berichtet.

Sonstiges

Herr Raschen stellt fest, dass eine Kampagne gegen Gewalt bereits seit längerem in Bremerhaven geplant ist und die Koalition im Rahmen der letzten HH-Beratungen auch eine Summe in den HH aufgenommen hat. Herr Raschen möchte nun wissen, wann es zu einer Umsetzung dieser Kampagne kommt. Die Projektbeauftragte Frau N. Laue erläutert den Sachstand und gibt bekannt, dass die hinter dem Projekt stehenden Maßnahmen voraussichtlich im nächsten Frühjahr vollständig umgesetzt werden können.

5.6.1. Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Bremerhaven und dem Ordnungsamt des Landkreises Cuxhaven zur gegenseitigen Unterstützung der Taxenunternehmen bei überregionalen Großveranstaltungen - Tischvorlage

I 79/2022

Herr Raschen hätte es begrüßt, wenn die Beteiligten zuerst mit den Taxiverbänden gesprochen hätten und es erst dann über die örtliche Presse kommuniziert hätten.

Herr Kaminiarz stimmt der Aussage von Herrn Raschen zu, fragt ergänzend nach, ob nun mit der Fachvereinigung hier in Bremerhaven gesprochen wurde und dies dann an ihre Mitglieder weiterkommuniziert haben. Herr Herbrig bestätigt, dass die Gespräche stattgefunden haben.

Herr Grantz ergänzt hierzu, dass er diese Idee der Zusammenarbeit mit Stadt und Land zum Entstehen verholten hat, nachdem die Taxenvertretung in diesem Ausschuss zu Gast war und eingeräumt hat, dass nicht alle Taxi-Lizenzen ausgeschöpft sind und aufgrund von Nachwuchsproblemen bestimmte Spitzen nicht abgearbeitet werden können. Als touristischer Standort ist das eine gute Lösung.

Herr Raschen berichtet von stattgefundenen Gesprächen der Koalition mit den Vertretern des Taxiverbandes und deren einheitlichen Einigkeit.

Herr Kaminiarz bittet darum, dass die Evaluation nach einem Jahr gemeinsam in diesem Ausschuss vorgenommen wird. Herr Grantz stimmt dem zu.

Der Ausschuss für Öffentliche Sicherheit nimmt den beabsichtigten Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Bremerhaven und dem Ordnungsamt des Landkreises Cuxhaven zur gegenseitigen Unterstützung der Taxenunternehmen bei überregionalen Großveranstaltungen zur Kenntnis.

Herr Grantz schließt um 15:30 Uhr die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit.

Vorsitzender

gez. Grantz
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

gez. Berndt

gez. Mahlstedt

Anlagen